

9063 Unterschriften für freie Schulwahl in St.Gallen

Eltern sollen zwischen verschiedenen Oberstufen-Schulen für ihre Kinder wählen können – so will es eine Initiative der Elternlobby und der Jungfreisinnigen. Bild: Keystone

ST.GALLEN. Die Elternlobby und die Jungfreisinnigen wollen im Kanton St.Gallen die freie Schulwahl auf der Oberstufe durchsetzen. 9036 Menschen haben die Volksinitiative unterzeichnet.

Für ein Zustandekommen wären 8000 Signaturen nötig gewesen. Die Initiative «Freie Schulwahl auf der Oberstufe» fordert zwei Dinge: Die Eltern sollen zwischen öffentlichen Schulen frei wählen können und Privatschulen sollen eine staatlich finanzierte Schülerpauschale erhalten, damit sie unentgeltlich besucht werden können.

Unterschiedliche Kinder und Schulen

«Nicht jedes Kind passt in die gleiche Schule», so Michael Suter, Vorstandsmitglied der Elternlobby, an der Pressekonferenz in St.Gallen. Kinder hätten sehr unterschiedliche pädagogische Bedürfnisse. Deshalb, so das Initiativkomitee, sollen die Eltern bestimmen können, in welche Schule das Kind am besten passe.

Mehr Qualität dank

Die Initiative verlange jedoch nicht eine Privatisierung des Schulwesens, betonte das Komitee. Weil private Schulen jedoch ebenfalls für Vielfalt sorgen können, will es diese nicht beiseite lassen. Vielmehr möchte die Initiative erreichen, dass alle Kinder die Möglichkeit erhalten auf eine private Schule zu gehen.

Laut Vincenz Rentsch, Präsident der Jungfreisinnigen St.Gallen, soll die freie Schulwahl bei der Real- und Sekundarschule den Wettbewerb ankurbeln und Anreize schaffen, dass die Schulleitungen die Schulen weiterbringen wollen.

Heute besuchen laut dem Initiativkomitee im Kanton St.Gallen 95 Prozent der Oberstufenschüler staatliche Schulen. Vincenz glaubt nicht, dass sich bei einer Annahme der Initiative viel zu Gunsten der Privatschulen ändern wird.

Nicht teurer als heute

Die Idee der Volksschule, dass jeder unentgeltlich eine Schule besuchen kann, solle unverändert bleiben, so die Initianten. Auch die Lerninhalte müssen weiterhin den kantonalen Vorgaben und Richtlinien entsprechen.

Durch die freie Schulwahl soll die Kosten nicht steigen. Jede Schule erhält denselben Betrag vom Staat und muss mit diesem wirtschaften. Nimmt eine Schule öffentliche Gelder in Anspruch, darf sie von den Eltern keine zusätzlichen Gelder mehr verlangen.

Nicht ganz neu

Im Kanton St.Gallen sei die freie Schulwahl nichts grundsätzlich Neues, so Suter. Er verwies auf Mörschwil. Die Gemeinde besitzt keine eigene Oberstufe. Dort können Sekundar- und Realschüler ihren Schulort bereits jetzt wählen. Auch in St.Gallen und Wil hätten Mädchen die Möglichkeit, zwischen verschiedenen Schulen auszuwählen.

Für Adrian Knoblauch von den Jungfreisinnigen ist zudem massgebend, dass sich die Initiative auf die Oberstufe beschränkt.

Diese Schüler seien mobiler, um eine andere Schule zu besuchen als Primarschüler. (sda/dbu)